

7. Auslegeordnung bezüglich Steuerabzügen bei natürlichen Personen im Kanton Zürich

Postulat Tobias Langenegger (SP, Zürich), Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), André Müller (FDP, Uitikon), Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich) vom 30. August 2021

KR-Nr. 309/2021, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Marcel Suter hat an der Sitzung vom 22. November 2021 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Um was geht es im Postulat? Mit dem Postulat haben wir den Regierungsrat vor zwei Jahren eingeladen, dass er eine Übersicht über die Steuerabzüge für natürliche Personen im Kanton Zürich macht. Wieso? Der heutige Morgen hat es eigentlich sehr sinnbildlich gezeigt, was die Thematik ist: Zuerst haben wir eine Anpassung des Steuerabzugs für Kinderbetreuung in der zweiten Lesung verabschiedet. Im Anschluss haben wir über Abzüge für Home-Office und Pestizide debattiert, wobei es plus/minus darum ging, Fehlansätze durch Steuerabzüge, die nicht mehr der heutigen Zeit entsprechen, zu beseitigen oder anzupassen. Wir diskutieren in diesem Rat also sehr häufig über ganz unterschiedliche Steuerabzüge. Dabei fällt auf, dass wir dies eher unstrategisch und nicht im Sinne einer Gesamtbetrachtung machen, sondern viel eher im Sinne eines Flickenteppichs.

Dieses Postulat soll Abhilfe schaffen. Es ist wichtig, dass der Regierungsrat uns, der Legislative, die für die Gesetzgebung und somit auch für die Steuerabzüge verantwortlich ist, aufzeigt, welche Steuerabzüge welche Wirkung entfalten. Mit einer solchen Kosten-Wirkungs-Analyse können wir hier drin dann im Anschluss diskutieren, welche Steuerabzüge noch gebraucht werden, welche vielleicht angepasst werden müssten und welche immer noch prima dem Zeitgeist entsprechen. Dieses Postulat ist also eine wichtige Grundvoraussetzung, die Steuerabzüge einmal integral anzuschauen und zu diskutieren.

Eigentlich ist es etwas ärgerlich, dass das Postulat nur natürliche Personen behandelt. Der Point de Presse von Finanzdirektor Ernst Stocker in den Sommerferien hat gezeigt, dass wir eigentlich auch bei den juristischen Personen viel zu wenig wissen, welche Effekte die Steuerabzüge bei diesen haben; etwas, das wir von der SP schon mehrmals mit KEF-Erklärungen (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) ändern wollten, aber nun gut, das Postulat können wir nicht anpassen. Für mich ist es, ehrlich gesagt, etwas schleierhaft, wieso zu diesem Postulat Diskussion beantragt wurde. Denn schlussendlich ist es einfach ein Hilfsmittel, damit wir hier drin gute Politik machen können. Aber vielleicht hängt es auch damit zusammen, dass gewisse Parteien gar nicht wissen möchten, was sie tun. Es ist ja ganz bequem, einfach nichts zu machen und dann irgendwas zu behaupten, was

so gar nicht der Realität entspricht. Und hier eine kleine Klammer zu dieser wahn-sinnig gehaltenen Diskussion zu den Temperaturen im Sommer: Ich war in Sardinien, es war 43 Grad, falls Sie nicht glauben, dass Meteo das sagt (*Anspielung auf eine Debatte in den Medien über den Wahrheitsgehalt der Temperaturangaben von SRF Schweiz*). Und ja, die Bäuerinnen und Bauern haben sehr darüber geklagt, dass sie Probleme haben bei der Bewirtschaftung der Felder. Aber vielleicht ist die SVP ja auch keine Bauernpartei und ihr ist es deshalb egal und sie möchte auch hier effektiv keine Lösungen suchen.

Schön, dass die meisten Parteien hier drin noch gute Politik machen möchten. Das Postulat ist nämlich noch aus einem anderen Grund relativ dringend, und insofern ist es wirklich ärgerlich, dass wir nun wegen der SVP zwei Jahre verloren haben. Wir werden in der Schweiz schon bald über die Individualbesteuerung abstimmen, und ich gehe schwer davon aus, dass eine Mehrheit der Bevölkerung dafür sein wird. Mit diesem Systemwechsel werden wir verschiedene Steuerabzüge anpassen müssen, und der Bericht zu diesem Postulat bildet dann die ideale Grundlage dafür. Die Idee ist übrigens auch nicht neu. Der Kanton Zug hat bereits 2011 zusammen mit der eidgenössischen Steuerverwaltung eine solche Analyse vorgenommen. Und das Resultat ist beeindruckend: Zwölf der 22 Steuerabzüge sind für 95 Prozent aller Steuerabzüge verantwortlich und mit den Steuerabzügen vermindert sich das kantonale Steuersubstrat in Zug bei den natürlichen Personen um mehr als die Hälfte – das ist das Substrat – und die kantonalen Steuereinnahmen um über zwei Drittel. Sie sehen, zwei Drittel, da lohnt es sich auf jeden Fall, genau hinzuschauen.

In diesem Sinn freue ich mich auch über die Unterstützung für das Postulat. Besten Dank.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Das vorliegende Postulat sieht auf den ersten Blick vielleicht so aus, dass wir es hätten laufen lassen können und am Schluss eine Auslegeordnung auf dem Tisch betreffend die Steuerabzüge bei natürlichen Personen hätten. Bei einem Vorstoss muss aber jeweils überlegt werden, wieso dieser eingereicht wurde, und vor allem, was die politischen Ziele sind. Auch wenn der Regierungsrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen, gehen wir grundsätzlich davon aus, dass es schwierig werden wird und sehr viel Aufwand seitens des Steueramtes benötigt wird, die erwarteten Zahlen zu eruieren. Das ist schon mal ein Grund, das nicht zu unterstützen, die Hauptgründe sind aber andere: Eine Kosten-Wirkungs-Analyse wäre nur gerechtfertigt, wenn in diese Analyse einbezogen würde, für was das Geld ausgegeben wird. Jeder Abzug hat für den Steuerzahler eine Wirkung, nämlich weniger Steuern, aber nicht immer für gleich viele und/oder die gleichen Steuerzahler.

In der Begründung wird ausgeführt, dass ein Steuerabzug immer eine ausserfiskalische Wirkung haben muss. Dies ist unserer Meinung nach primär die linke Ansicht der Steuerabzüge. Unser primäres Ziel von Steuerabzügen ist, dass dem Steuerzahler mehr Geld zum Leben bleibt. Die ausserfiskalische Wirkung ist sekundär oder sogar negativ behaftet. Wir, die SVP, wollen auf keinem Fall, dass Steuerabzüge allenfalls gekürzt oder sogar abgeschafft werden, wir stehen für das

Gegenteil ein. Als Beispiel nenne ich die vom Zürcher Stimmvolk angenommene Gerechtigkeitsinitiative, die höhere Krankenkassenabzüge ermöglicht. Da fast das ganze Parteienspektrum dieses Postulat unterstützt, erlaube ich mir nochmals entgegenzuhalten: Steuerabzüge dienen tieferen Steuern. Steuerabzüge sind nur sekundär für ausserfiskalische Wirkungen. Der Aufwand für die Verwaltung steht in keinem Verhältnis, da die meisten Abzüge sowieso nicht gross beeinflussbar sind, da es im Steuerharmonisierungsgesetz vorgeschrieben ist. Wir lehnen dieses Postulat aus den erwähnten Gründen ab. Besten Dank.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Wir befinden uns ja im Wahlkampf und täglich liest man in den Zeitungen über den Formstand der schweizerischen Politik. Und gerade letztes habe ich wieder gelesen, dass beklagt wird, die Parteien polarisierten sich und es werde zu wenig sachbezogen politisiert und zu viel mit Ideologie. Ich finde, dieser Vorstoss illustriert das recht schön. Hier haben sich Grüne, SP, GLP und FDP zusammengefunden, um gemeinsam sachbezogen ein Problem anzugehen. Und wer verlangt die Diskussion? Die SVP. Das überrascht uns ja nicht, Sie politisieren gerne faktenfrei, und offenbar können Sie dazu inzwischen auch ganz offen stehen. Ich nehme nicht an, dass die FDP und wir die gleichen Schlüsse aus den Daten dieses Postulats ziehen werden, aber wir möchten wenigstens gemeinsam eine Faktengrundlage haben, auf der man aufbauen kann.

Solche Steuerabzüge haben grosse Auswirkungen. Wir haben es von Tobias Langenegger bereits gehört: Im Kanton Zug, wo eine solche Studien durchgeführt wurde, hat sich herausgestellt, dass die Steuereinnahmen um gut 65 Prozent geringer ausfielen aufgrund von Abzügen. Das ist also ein sehr relevantes Thema. Einige Abzüge verstärken die Progressivität, sie entlasten eher untere und mittlere Einkommen, das ist vermutlich politisch so gewollt. Andere bewirkten hingegen das Gegenteil, zum Beispiel der Abzug für Liegenschaftskosten oder für die Vermögensverwaltung. Das ist einer meiner Lieblingsabzüge, die Vermögensverwaltung. Menschen, die so viel Vermögen haben, dass es sich für sie rentiert, jemanden zu bezahlen, dieses Vermögen zu verwalten, die entlastet man dann noch steuerlich. Das führt dann teilweise im Kanton Zug zu Steuerabzugshöhen von 420'000 Franken. Zur Erinnerung: Der Medianlohn im Kanton Zug beträgt 87'000 Franken. Das ist vermutlich in Zug eine politisch gewollte Standortförderung. Auch andere Abzüge wollen gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen. Im Gegensatz zu dem, was Marcel Suter zählt, ist es nämlich sehr wohl so, dass zum Beispiel bei den Kinderbetreuungskosten argumentiert wird, dass dann mehr Mütter arbeiten gehen. Es ist allerdings unklar, ob das stimmt. Ich weiss nicht, was sich die Eltern hier in diesem Saal bei der Aufteilung der Elternarbeit, wer wie viel zu welchem Pensum arbeitet, alles überlegt haben, bei uns kamen die Steuern ziemlich am Schluss. Und darum lohnt es sich sehr wohl, hier hinzuschauen und zu analysieren, welche Abzüge eigentlich welche Effekte haben und ob diese Ziele, die dahinterstehen – und ja, das sind oft nicht fiskalische Ziele, einfach nicht ausgesprochen, die implizit dahinterstehen –, ob diese Ziele erreicht werden. Und dass dann die FDP vielleicht andere Schlüsse zieht als wir Grünen, damit

kann ich sehr gut leben. Ich wünsche mir einfach eine gemeinsame faktenbasierte Gesprächsgrundlage, darum überweisen Sie bitte dieses Postulat.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Liebe SVP, wo isch's Problem? Ihr seid doch auch sonst für günstige Steuern unter Wahrung der Staats- und Gemeindefinanzen. Warum wollt ihr nicht wissen, ob der Steuerabzug überhaupt wirkt und was er den Kanton und die Gemeinden kostet? Eine Kosten-Nutzen-Analyse vornehmen macht doch jeder Betrieb. Jene, die es nicht machen, befinden sich irgendwie im Blindflug. In Zürich fehlt eine solche Gesamtbetrachtung aller Steuerabzüge, der bestehenden und der neu eingereichten. Mit jedem Steuerabzug wollen wir ja auch politisch einen Anreiz setzen und für eine Zielgruppe attraktiv sein, das heisst zum Beispiel bei der Fremdbetreuung, Weiterbildung, Liegenschaftsanierung oder, wie zitiert, «meh Gäld zum Läbe».

Der oft vielgelobte Kanton Zug hat eine solche Gesamtschau vor über zwölf Jahren durchgeführt. Vielleicht ist er deshalb steuerlich so attraktiv? Wir können von einer Gesamtanalyse nur gewinnen, mit Erkenntnissen für den allfälligen Systemwechsel zur Individualbesteuerung, aber auch für unsere Forderung, das Steuersystem und vor allem die Steuererklärung zu vereinfachen, Stichwort «Bierdeckel-Steuererklärung». Doch es ist nicht Hopfen und Malz verloren. Ich bin sicher, auch die SVP wird die Vorteile einer Wirkungsanalyse zu schätzen wissen. Wir Grünliberale unterstützen weiterhin unseren Vorstoss. Dankeschön.

André Müller (FDP, Uitikon): Die FDP unterstützt das Postulat, das wir zusammen mit SP, GLP und Grünen eingereicht haben. Es ist uns natürlich klar, dass die Motivation zu diesem Postulat bei den liberalen Parteien und den Linken unterschiedlich ist. Den Linken sind Steuerabzüge ein Dorn im Auge, während für die Liberalen Steuern grundsätzlich ein Übel sind, welches zu begrenzen und deren Wirksamkeit immer wieder zu hinterfragen ist. Dem Subsidiaritätsprinzip folgend, gehört das Geld den Bürgern dieser ökonomischen Wirtschaft. Der Staat hat sich auf die Aufgaben zurückzuziehen, die der einzelne Bürger nicht oder weniger effizient als der Staat erfüllen kann. Der Staat hat daher auch nur so viel Geld von den produktiven Bürgern zu kassieren wie nötig.

Für die FDP können wir das wie folgt zusammenfassen: Steuerabzüge, die für die Steuerpflichtigen keine Steuerreduktion erreichen oder ihre Lenkungswirkung verfehlen, sind nicht zielführend, gehören angepasst. Wir haben ein vitales Interesse an der Wirksamkeit von Steuerabzügen, denn Steuerabzüge ergeben Aufwand vornehmlich beim Steuerzahler, aber auch bei der Steuerverwaltung. Diesem Grundsatz folgend, ist der möglichst effiziente Ressourceneinsatz zu bevorzugen. Ein Flat-Tax-Regime wäre die effizienteste Art der Staatsfinanzierung. Von dieser Art der Besteuerung sind wir aber so meilenweit entfernt, dass es unabdingbar ist, eine effiziente Kosten-Nutzen-Analyse der Besteuerung vorzunehmen. Aus diesem Grund unterstützen wir das Postulat. Was wir aus der Postulatsantwort machen, werden wir im politischen Prozess sehen.

Einen wichtigen Punkt muss ich nochmals vor Augen führen: Der Kantonsrat hat auf das Jahr 2022 die erste Steuerfusssenkung seit 18 Jahren durchgebracht und

der Regierungsrat plant weitere Steuerfussenkungen in der KEF-Periode. Der Bann ist endlich gebrochen. Viele Gemeinden haben in den letzten Jahren ihre Steuern ebenfalls gesenkt. Es zeigt sich also, dass sich der Staat in der Vergangenheit zu grosszügig bei der produktiven Bevölkerung bedient hat. Wir haben daher ein grosses Interesse zu verstehen, mit welchen Steuersenkungen wir möglichst viel Geld bei der produktiven Bevölkerung belassen, um es vom Raubrittertum des Staates zu schützen. Wir sind überzeugt, die Analyse wird uns dabei helfen. Besten Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Auch die Alternative Liste unterstützt dieses wertvolle Postulat von Tobias Langenegger; aus anderen Gründen als die FDP, aber wir sind immer sehr interessiert an einer Gesamtschau, an Fakten, Zahlen und Zahlenmaterial und sind sehr gespannt auf den aussagekräftigen und wertvollen Bericht der Finanzdirektion. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ganz egal, ob man jetzt für mehr oder ob man jetzt für weniger Steuern ist, wer die Fakten nicht kennt, arbeitet faktenfrei, und faktenfreie Argumentation sollte man in der Politik eigentlich vermeiden. Auf jeden Fall ist faktenfreie Politik nicht Sache der EVP. Für eine seriöse Arbeit braucht es halt hin und wieder eine Auslegeordnung. Es braucht eine Gesamtschau und vor allem: Es braucht keine Angst vor den Ergebnissen. Und erst dann, wenn die Daten, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen, kann man für sich die richtigen Schlüsse daraus ziehen und die nächsten Schritte gehen. So sieht für uns faktenbasierte Arbeit aus. In diesem Sinne werden wir das Postulat unterstützen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 117 : 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 309/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.